

"Sprechzettel" StD zur Sitzung des AStI am 16.03.2006

Kontrolle und Sicherheit in städtischen Gebäuden

- Anträge SPD und CDU -

Wie im Protokoll ausgeführt, sind wir aufgefordert, laufend Berichte abzugeben und dass am Ende des Verfahrens über die organisatorische Einbindung aller Kontrollen ein schriftlicher Bericht abgegeben werden soll. Dies war die Forderung der CDU, die Forderung der SPD / Fraktion Bündnis 90 Die Grünen wurde noch auf den privaten Gebäudebereich erweitert.

In dem jetzt folgenden 1. mündlichen Zwischenbericht, dessen Stichworte ich auch dem Geschäftsführer für das Protokoll geben werde, gehe ich nur auf die Zuständigkeit dieses Ausschusses ein. Unser Beobachtungsfocus sind dementsprechend die Gebäude, Gebäudeteile, die fliegenden Bauten, für die die Immobilienwirtschaft die Bewirtschaftung und eine Betriebssicherung zu gewährleisten hat.

Gebäude, die dem Vermögen von Eigenbetrieben und Institutionen zugeordnet sind sowie die Frage nach privaten Gebäuden können nur in den jeweils betroffenen Fachausschüssen behandelt und beantwortet werden. Es gibt in dieser Stadt klare Zuständigkeiten und klare Abgrenzungen. Die Immobilienwirtschaft hat Service-Vereinbarungen mit Schulen, Feuerwachen, Kindergärten usw..

Service-Vereinbarungen für Theater, Museen etc, die im jeweiligen

Eigenbetrieb bewirtschaftet werden, beinhalten lediglich die Störungs- und Schwachstellenbeseitigung sowie die Wartung Die Durchführung der Verkehrssicherungspflicht obliegt den jeweiligen Eigenbetrieben

Bei unseren Gebäuden können wir davon zur Zeit ausgehen, dass die mit der Baugenehmigung gemachten Auflagen erfüllt sind und die Standsicherheit gegeben ist, da ja der statische Nachweis im Baugenehmigungsverfahren zwingend ist.

Aus Vorsorge und aus gegebenem Anlass haben wir aktuell die in unserem Zuständigkeitsbereich vorhandenen Holzkonstruktionen (Leimbinder) untersucht. Hierzu wird Herr Limberg gleich weitere Ausführungen machen.

Bei dieser Untersuchung hat die Frage der Standsicherheit "Gott sei Dank" bislang nur zur 2 Schließungen von Turnhallen geführt. Dazu wird Herr Limberg ebenfalls aktuell Stellung nehmen.

Bei der Hinterfragung ist der Punkt "Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht nochmals neu problematisiert worden. Hier haben wir den Organisationsdezernenten gebeten, uns nochmals unabhängig von Personalbestand und organisatorischen Schnittstellen beratend zur Seite zu stehen.